

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion Die Linke
- Drucksache 8/251 -

Günstige Mobilität für junge Menschen sichern – ein
28-Euro-Kinder- und Jugend-Ticket in Thüringen ein-
führen

Bezahlbare Mobilität in Thüringen sichern – Deutsch-
landticket verstetigen und Infrastruktur ausbauen

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. Mobilität eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Ausbildung ist; besonders junge Menschen sind darauf angewiesen, dass Busse und Bahnen zuverlässig, bezahlbar und erreichbar sind;
2. die Einführung des Deutschlandtickets bundesweit für mehr Klarheit im Tarifsysteem gesorgt hat und einen wichtigen Schritt zu einer nachhaltigen Mobilitätswende darstellt;
3. steigende Kosten jedoch die Akzeptanz und Nutzung des Deutschlandtickets gefährden; gleichzeitig besteht im ländlichen Raum noch ein erheblicher Investitionsbedarf in Takt, Fahrzeuge, Infrastruktur und Barrierefreiheit;
4. der Freistaat Thüringen seine Kräfte auf die Sicherung des Deutschlandtickets und den Ausbau des Angebots konzentrieren muss, damit günstige Tickets auch tatsächlich nutzbar sind.

II. Die Landesregierung wird gebeten,

1. sich mit Nachdruck im Kreise der Länder beim Bund für eine dauerhafte Finanzierung und Preisstabilität des Deutschlandtickets einzusetzen;
2. in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Aufgabenträgern einen Investitionsplan für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs vorzulegen (beispielsweise Schieneninfrastruktur, Elektrifizierung, Fahrzeuge, Taktverdichtung, Barrierefreiheit);
3. gemeinsam mit den Kommunen zu prüfen, inwieweit lokale Modelle für ermäßigte Jugendtickets unterstützt, verstetigt oder ausgeweitet werden können;
4. dem Landtag im Frühjahr 2026 einen Bericht über die Kosten, Finanzierungsoptionen und mögliche Zielgruppenzuschnitte eines künftigen landesweiten Jugendtickets vorzulegen.

Begründung:

Die Koalitionsfraktionen erkennen die Bedeutung günstiger Mobilität für junge Menschen ausdrücklich an. Gleichwohl ist ein 28-Euro-Landesjugendticket derzeit nicht seriös finanzierbar, ohne die notwendige Sicherung des Deutschlandtickets oder den dringend erforderlichen Infrastrukturausbau massiv zu gefährden.

Im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum Antrag „Günstige Mobilität für junge Menschen sichern – ein 28-Euro-Kinder- und Jugend-Ticket in Thüringen einführen“ (Drucksache 8/251) der Fraktion Die Linke im Ausschuss für Digitales und Infrastruktur haben in den vergangenen Monaten Verbände, Verkehrsunternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure deutlich gemacht, dass der Erfolg des öffentlichen Personennahverkehrs nicht allein an Ticketpreisen hängt, sondern auch an verlässlichen Angeboten. Insbesondere Investitionen in Infrastruktur, Fahrzeuge, Taktverdichtung und Barrierefreiheit wurden eingefordert. Der gemeinsame Tenor lautete, das Deutschlandticket muss gesichert, die Infrastruktur modernisiert und ausgebaut werden, bevor über zusätzliche Tarif-Sondermodelle abschließend beraten werden kann.

Die Koalitionsfraktionen greifen mit dem vorliegenden Alternativantrag diese Hinweise auf. Vorrang hat daher die Stabilisierung des Deutschlandtickets, da hiervon alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Parallel sind Investitionen in das Schienennetz, in Fahrzeuge und Taktverdichtungen notwendig, um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs auch im ländlichen Raum zu steigern.

In den kommenden Jahren werden wir in das Schienennetz investieren, die Elektrifizierung von Bahnstrecken weiter vorantreiben, die Barrierefreiheit massiv ausweiten und die Fahrzeugflotten modernisieren. Die landesseitige Finanzierung des Deutschlandtickets kostet den Freistaat in den kommenden Jahren große Summen; für die Planung und schrittweise Umsetzung des Integralen Taktfahrplans sind außerdem beachtliche Ausgaben zu erwarten.

Bestehende kommunale Modelle für vergünstigte Jugendtickets sollen unterstützt und ausgewertet werden. Nur auf dieser Grundlage kann zu einem späteren Zeitpunkt über weitere, landesweite Lösungen entschieden werden.

Für die Fraktion
der CDU:

Jary

Für die Fraktion
des BSW:

Dr. Wogawa

Für die Fraktion
der SPD:

Merz